

Verkehrsvertrag

Teilnetz Ostseeküste II

zwischen

dem Land Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch das
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

- nachfolgend „Land“ oder „Auftraggeber“- genannt -

und

.....
- nachfolgend „EVU“ oder „Auftragnehmer“ genannt -

- zusammen nachfolgend „Vertragspartner“ oder „Vertragsparteien“ genannt -

über die
**Erbringung von Verkehrsleistungen
im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)**

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt: Allgemeines	5
§ 1 Gegenstand	5
§ 2 Aufgabenträgerschaften und Rechtsstellungen	5
§ 3 Vertragsbestandteile	7
§ 4 Vertragslaufzeit	7
2. Abschnitt: Leistungspflichten des EVU	8
§ 5 Fahrplanmäßige Verkehrsleistungen	8
§ 6 Ersatzleistungen.....	8
§ 7 Qualität der Verkehrsleistungen	8
§ 8 Pflichten des EVU beim Abschluss von Verträgen mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen	9
§ 9 Leistungen zum Vertrieb von Fahrausweisen	11
§ 10 Verpflichtungen gegenüber den Reisenden, Fahrgastrechte	11
§ 11 Statusberichte	11
§ 12 Kontrolle der Einhaltung von geschuldeten Mindestarbeitsbedingungen	11
§ 12a Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers	12
§ 13 Einbeziehung von Subunternehmern	12
§ 14 Nachweis über Vorbereitungsmaßnahmen zur Betriebsaufnahme	13
§ 15 Sonstige Pflichten des EVU	14
3. Abschnitt: Veränderung der Leistungspflichten des EVU	15
§ 16 Jährliche Fortschreibung des Fahrplans	15
§ 17 Unterjährige Fahrplananpassungen	16
§ 18 Bestellung zusätzlicher Verkehrsleistungen (Mehrleistungen)	16
§ 19 Abbestellung von Verkehrsleistungen (Minderleistungen)	17
§ 20 Veränderung sonstiger Leistungspflichten des EVU	18
§ 21 Anpassung des Zuschusses nach § 2 Nr. 3 VOL/B	18
4. Abschnitt: Nicht- und Schlechtleistungen; Vertragsstrafen	19
§ 22 Nichtleistungen.....	19
§ 23 Schlechtleistungen	19
§ 24 Vertragsstrafen.....	20
§ 25 Zugang zu den Zügen und Anlagen des EVU	22
5. Abschnitt: Tarife, Einnahmen aus Beförderungsentgelten.....	22
§ 26 Tarife	22
§ 27 Einnahmen aus Beförderungsentgelten	23
6. Abschnitt: Finanzierung und Zahlungsmodalitäten	24
§ 28 Berechnung des jährlichen Zuschusses an das EVU.....	24
§ 29 Wertsicherungsklausel	26
§ 30 Gesetzliche Ausgleichsleistungen, Zuwendungen und Fördermittel	29
§ 31 Abschlagszahlungen	30
§ 32 Jahresschlussabrechnung	30
§ 33 Umsatzsteuer	31
§ 34 (freibleibend)	31

7. Abschnitt: Ergänzende Bestimmungen, Kündigung	32
§ 35 Eigenwirtschaftliche Verkehre, Fahrzeugeinsatz außerhalb des Verkehrsvertrages.....	32
§ 36 Sicherheitsleistung	33
§ 37 Kündigung des Vertrages.....	33
§ 38 Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs	35
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen.....	36
§ 39 Schlichtung	36
§ 40 Sonstiges	36

Anlagen

- Anlage 1** Fahrplanmäßiger Leistungsumfang (inkl. Jahresblätter)
- Anlage 1a** Musterfahrplan für die Grundleistungen (fiktives Fahrplanjahr)
- Anlage 1b** Betriebsstudie
- Anlage 2** Qualität
inklusive Anhänge I und II
- Anlage 3** Statusberichte
inklusive Anhänge I und II
- Anlage 4** Fahrzeuge
inklusive Anhänge I bis V
- Anlage 5** Kommerzielle Rahmenbedingungen
inklusive Anhang Kalkulationsschema
- Anlage 6** Tarif und Vertrieb
inklusive Anhänge I bis IX
- Anlage 7** Gutachterliche Verkehrserhebung (TuVK-Erhebung)
inklusive Anhänge I bis IV
- Anlage 8** Ersatzkonzept ab Betriebsaufnahme
- Anlage 9** Leistungsbeschreibung des Auftraggebers inklusive Anlagen
- Anlage 10** Angebot des EVU vom(*Datum*), Schriftwechsel, Ergänzungen
zum Angebot
- Anlage 11** Ergebnisse etwaiger Aufklärungen über das Angebot im Sinne des
§ 15 Abs. 5 Satz 1 VgV bzw. § 60 Abs. 1 VgV
- Anlage 12** Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers
- Anlage 13** Nutzungsvertrag/Mitwirkungspflichten
inklusive Anhang

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Gegenstand

- (1) Der Vertrag regelt Art, Umfang, Qualität und Finanzierung von Verkehrsleistungen im SPNV im Teilnetz Ostseeküste II zwischen Rostock - Stralsund - Rügen/Züssow. Gegenstand ist das Erbringen von bestimmten, fahrplanmäßig festgelegten Verkehrsangeboten zur Beförderung der Allgemeinheit im SPNV.
- (2) Es handelt sich bei diesem Vertrag um einen „öffentlichen Dienstleistungsauftrag“ im Sinne von Art. 2 Buchst. i) und Art. 3 VO (EG) Nr. 1370/2007.

§ 2 Aufgabenträgerschaften und Rechtsstellungen

- (1) Das Land ist nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern (ÖPNVG M-V) für die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) zuständig. Das für Verkehr zuständige Ministerium des Landes ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 5 ÖPNVG M-V zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen im SPNV.
- (2) Die mit diesem Vertrag begründeten Rechte und Pflichten des Landes werden von der VMV – Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH (VMV) wahrgenommen, soweit im Weiteren oder durch schriftliche Anzeige des Landes gegenüber dem EVU nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Willenserklärungen und sonstige rechtlich relevante Handlungen des EVU sind gegenüber der VMV vorzunehmen, soweit im Weiteren oder durch schriftliche Anzeige nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird.
- (3) Durch diesen Vertrag werden Rechte und Pflichten, die sich für das EVU aus Gesetzen, Verordnungen und Genehmigungen ergeben, nicht berührt. Das EVU ist Vertragspartner seiner Fahrgäste.
- (4) Das Verkehrsunternehmen ist nach ausdrücklicher und schriftlicher Zustimmung des Landes berechtigt, seine sämtlichen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf eine Projektgesellschaft zu übertragen. Das Land wird seine Zustimmung hierzu erteilen, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- a. Die Projektgesellschaft steht vollständig im Eigentum des mit dem Zuschlag versehenen Unternehmens bzw. – im Falle einer Zuschlagserteilung an eine Bietergemeinschaft – im Eigentum der Gesamtheit der Mitglieder der Bietergemeinschaft.
- b. Die Projektgesellschaft ist fachlich qualifiziert und weist dies durch Vorlage der in der Vergabebekanntmachung zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit aufgeführten Unterlagen nach.
- c. Der Projektgesellschaft stehen die finanziellen Ressourcen des mit dem Zuschlag versehenen Unternehmens zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag uneingeschränkt und unwiderruflich zur Verfügung, was durch die Vorlage einer entsprechenden Erklärung des Verkehrsunternehmens nachzuweisen ist.
- d. Wenn und soweit sich das mit dem Zuschlag versehene Unternehmen zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen bzw. seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf Kapazitäten Dritter berufen hat, müssen die nach der Vergabebekanntmachung für diesen Fall erforderlichen Erklärungen und Verpflichtungen des Dritten von diesem auch zu Gunsten der Projektgesellschaft unwiderruflich für die Dauer des hiesigen Vertrags geschlossen oder abgegeben werden.
- e. Das mit dem Zuschlag versehene Unternehmen bzw.- im Falle einer Zuschlagserteilung an eine Bietergemeinschaft – die Mitglieder der Bietergemeinschaft verpflichtet sich gegenüber dem Land unwiderruflich, neben der Projektgesellschaft für sämtliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag gegenüber dem Land unbeschränkt zu haften.

Wenn und soweit für die Projektgesellschaft fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, kann die Zustimmung des Landes versagt werden. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB wird die Zustimmung des Landes versagt.

Die Übertragung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die Projektgesellschaft ist beim Land spätestens vier Monate im Voraus zu beantragen. Dieser Antrag muss die o.g. Nachweise, Erklärungen und Vereinbarungen sowie die Angabe der Gesellschafter der Projektgesellschaft enthalten.

Die Projektgesellschaft muss dem Land jede Änderung ihrer Gesellschaftsform, der Geschäftsführung und Gesellschaftsstruktur sowie des Gesellschaftssitzes unverzüglich schriftlich unter Darlegung des Sachverhalts anzeigen. Nachträgliche Änderungen der Eigentumsverhältnisse an der Projektgesellschaft sind mit ausdrücklicher und schriftlicher Zustimmung des Landes zulässig, sofern die Voraussetzungen der lit. a) bis c) erfüllt sind.

§ 3 Vertragsbestandteile

- (1) Die **Anlagen 1 bis 13** sind Bestandteil dieses Vertrages.
- (2) Bei Widersprüchen im Vertrag gelten die nachfolgenden Unterlagen in folgender Rangfolge:
 1. der Wortlaut dieses Vertrages,
 2. die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers inklusive Anlagen (**Anlage 9**),
 3. die Informationsschreiben der VMV an die Bewerber des Verfahrens zur Vergabe des hiesigen Vertrags (bei Widersprüchen gehen die späteren Schreiben vor),
 4. das Angebot des EVU vom (**Anlage 10**),
 5. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL) – ausgenommen Bauleistungen –, Teil B (Ausgabe 2003), Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).
- (3) Die Geltung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen des EVU ist ausgeschlossen.

§ 4 Vertragslaufzeit

Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag auf das Angebot des EVU zustande.
Die Laufzeit der Verpflichtung zur Erbringung der vertragsgegenständlichen Verkehrsleistungen beginnt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 am 12.12.2021 (erster Betriebstag).

Die Laufzeit des Vertrages endet zum internationalen Fahrplanwechsel im Dezember 2034.

2. Abschnitt: Leistungspflichten des EVU

§ 5 Fahrplanmäßige Verkehrsleistungen

Die vom EVU geschuldeten fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen sind in der jeweils geltenden Fassung der **Anlage 1** beschrieben.

§ 6 Ersatzleistungen

- (1) Können die fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen nicht durchgeführt werden, muss das EVU Ersatzleistungen im Wege eines Busnot- oder Schienenersatzverkehrs nach Maßgabe der Regelungen in **Anlage 2** erbringen.
- (2) Ersatzleistungen auf Grund von Bau- oder Instandhaltungsmaßnahmen an der Eisenbahninfrastruktur bedürfen vor Einrichtung der Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber wird diesen Ersatzleistungen zustimmen, sofern die reibungslose Beförderung aller Fahrgäste sichergestellt ist. Im Falle kleinerer Baumaßnahmen kann eine generelle Zustimmung erklärt werden.

§ 7 Qualität der Verkehrsleistungen

- (1) Das EVU erbringt die fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen sowie die nach § 6 gegebenenfalls erforderlichen Ersatzleistungen in der gemäß Leistungsbeschreibung sowie gemäß **Anlage 2** festgelegten Qualität.
- (2) Zur Messung und Bewertung der erbrachten Qualität führt der Auftraggeber gemäß **Anlage 2** während der Betriebslaufzeit jährlich eine Kundenzufriedenheitsanalyse durch. Dabei werden die Wichtigkeit der Qualitätskriterien und die Zufriedenheit der Kunden mit der Qualität ermittelt. Damit werden die Qualitätskriterien mit Ausnahme der Pünktlichkeit ausschließlich subjektiv bewertet. Als einziges Qualitätskriterium unterliegt die Pünktlichkeit einer objektiven Messung.
- (3) Die Bewertung der Qualitätskriterien beginnt ab 2022. Die Basiswerte (Bewertungsgrundlage) der subjektiven Qualitätskriterien sind im **Anhang Teil I** (zu Anlage 2) **Punkt 3** festgelegt. Die zu erfüllende Pünktlichkeitsquote ergibt sich ebenfalls aus **Anlage 2**.
- (4) Das EVU trifft im Rahmen seiner betrieblichen Möglichkeiten Vorsorge, dass bei geringfügigen Verspätungen die Anschlusssicherheit gewahrt bleibt. Über

entsprechende Wartezeitvorschriften hat sich das EVU kontinuierlich im Rahmen der Abstimmung der Jahresfahrpläne mit den anderen Verkehrsunternehmen des ÖPNV abzustimmen. Über den Inhalt der Vereinbarungen ist das Land zu informieren.

§ 8 Pflichten des EVU beim Abschluss von Verträgen mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen

- (1) Die Verhandlungen über die Nutzung der Infrastruktur führt das EVU solange eigenverantwortlich, wie das Land nicht von seinem Recht nach Abs. 5 Gebrauch macht. Es schließt die notwendigen Infrastrukturnutzungsverträge ab.
- (2) Der Abschluss und die inhaltliche Ausgestaltung von Verträgen des EVU über die Nutzung der Infrastruktur bedürfen während der gesamten Laufzeit dieses Vertrages der vorherigen Zustimmung des Landes. Gleiches gilt für Veränderungen der Infrastruktur, soweit das EVU hierfür nach seinem Rechtsverhältnis zum Infrastrukturunternehmen vorab seine Zustimmung erklären muss. Das EVU hat dem Land aus diesem Grund die von den Infrastrukturunternehmen angebotenen Verträge, soweit möglich mindestens vier Wochen vor dem beabsichtigten Abschluss, ansonsten unverzüglich nach Zugang beim EVU vorzulegen. Ein Änderungsverlangen der Infrastrukturunternehmen an mit dem EVU geschlossenen Verträgen ist dem Auftraggeber unverzüglich nach Zugang beim EVU vorzulegen. Erfüllt das EVU die aus den beiden vorangegangenen Sätzen hervorgehenden Pflichten nicht oder nicht rechtzeitig, gilt die Zustimmung des Landes als verweigert. Die Weiterberechnung von höheren Infrastrukturbenutzungsentgelten wegen Veränderungen der Infrastruktur ist dann ausgeschlossen. Daneben reduziert sich das vom Land zu erstattende Infrastrukturbenutzungsentgelt auf den Betrag, der bei vertragskonformen Verhalten des EVU zu zahlen gewesen wäre.
- (3) Das Land ist berechtigt, an Verhandlungen zwischen EVU und den Infrastrukturbetreibern teilzunehmen, soweit die Infrastrukturbetreiber zustimmen. Dies betrifft insbesondere die Teilnahme an Trassenkonfliktgesprächen und die Abstimmung von Betriebsprogrammen bei Baumaßnahmen. Die Termine sind dem Land vom EVU unverzüglich nach Kenntnis bekannt zu geben. Die Abgabe von Entgeltangeboten gemäß § 52 Abs. 8 Satz 3 Eisenbahnregulierungsgesetz (ERegG) gegenüber dem Infrastrukturbetreiber kann nur mit Zustimmung des Landes erfolgen.
- (4) (freibleibend)
- (5) Das Land behält sich das ausschließliche Recht zur Beantragung von Zugtrassen beim Betreiber der Infrastruktur, zur Verhandlungsführung und zum Abschluss von Nutzungsverträgen mit den Infrastrukturunternehmen, zur

Beantragung der Überprüfung von Entscheidungen der Infrastrukturunternehmen durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) sowie zum Abschluss von Rahmenverträgen über die Benutzung von Schienenwegekapaazität mit den Infrastrukturunternehmen vor. Die Verträge des EVU über die Benutzung der Infrastruktur sind nach entsprechender Aufforderung durch den Auftraggeber zu kündigen, wenn dieser gleichzeitig erklärt, im Anschluss Vertragspartner der Infrastrukturunternehmen werden zu wollen. Soweit das Land sein Recht zur Verhandlungsführung und zum Abschluss von Nutzungsverträgen wahrnimmt, übernimmt es gegenüber dem EVU die Gewährleistung für die notwendigen Vorleistungen der Infrastrukturunternehmen. Gleiches gilt bei Wahrnehmung der sonstigen Rechte nach Satz 1, wenn und soweit das EVU darlegen und beweisen kann, dass durch das Vorgehen des Landes die eigenen Leistungen gegenüber dem Land erschwert werden.

- (6) Das EVU legt dem Land jeweils bis zum **30. Oktober** auf Grundlage des jeweils aktuellen Fahrplans und des jeweils geltenden Preissystems eine Prognose der Infrastrukturbenutzungsentgelte für das darauf folgende Kalenderjahr vor. Die so ermittelten voraussichtlichen Infrastrukturkosten werden bei der Ermittlung und Zahlung der Abschlagsbeträge gemäß § 31 berücksichtigt. Im Rahmen der Jahresschlussabrechnung nach § 32 weist das EVU die ihm tatsächlich entstandenen erstattungsfähigen Infrastrukturkosten unter Vorlage von Rechnungen und Leistungsnachweisen der Eisenbahninfrastrukturunternehmen nachvollziehbar und in der nach **Anlage 3** vorgegebenen Detaillierung nach.
- (7) Das EVU muss gegenüber dem Land auf dessen Verlangen hin nachweisen, dass es alle in den von ihm abgeschlossenen Verträgen über die Inanspruchnahme der für die vertragsgegenständlichen Leistungen notwendigen Infrastruktur enthaltenen Möglichkeiten genutzt hat, um die Infrastruktur auf die günstigste Art und Weise zu nutzen. Ist dies nicht geschehen, schuldet das Land nur die Trassen- oder Stationspreise, die angefallen wären, wenn das EVU seinen Pflichten aus dem vorherigen Satz nachgekommen wäre. Unabhängig davon geht das EVU auf Aufforderung des Landes außergerichtlich und gerichtlich gegen den Betreiber der Infrastruktur vor, wenn das Land der Auffassung ist, dass die Infrastrukturbenutzungsentgelte unangemessen oder missbräuchlich ausgestaltet sind. Soweit das EVU der Aufforderung des Landes nachkommt, übernimmt das Land die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Kosten. Das EVU hat bei der Führung von Verfahren oder Prozessen Weisungen des Landes Folge zu leisten. Dem Land ist auf Verlangen Prozessstandschaft einzuräumen.
- (8) Die Regelungen der letzten vier Sätze des Abs. 7 gelten bei aus Sicht des Landes unangemessenen oder missbräuchlichen Benutzungsbedingungen oder unbilligen Behinderungen durch das Infrastrukturunternehmen entsprechend.

§ 9 Leistungen zum Vertrieb von Fahrausweisen

Das EVU ist für den Vertrieb von Fahrausweisen verantwortlich. Die diesbezüglichen Anforderungen ergeben sich aus der **Anlage 6**.

§ 10 Verpflichtungen gegenüber den Reisenden, Fahrgastrechte

- (1) Das EVU ist Vertragspartner der Reisenden. Das EVU wendet unbeschadet der folgenden Absätze 2 und 3 mindestens die Regelungen der VO (EG) Nr. 1371/2007 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Regionalverkehr an. Nationale gesetzliche Regelungen, die den Fahrgästen darüber hinausgehende Rechte gewähren, sind vom EVU zusätzlich anzuwenden.
- (2) Das EVU erkennt einen Anspruch der Reisenden auf richtige Information, die Ausweisung der im Einzelfall günstigsten Verbindung und Fahrkarte sowie die Sicherstellung der Weiterbeförderung bei Leistungsstörung an.
- (3) Das EVU verpflichtet sich, auf Anfragen und Beschwerden von Reisenden angemessen zu reagieren. Es gelten die relevanten Mindestvorgaben der Leistungsbeschreibung, beispielsweise **Punkt 4.4.4** und **Punkt 4.6.4.2**, sowie die im Angebot getroffenen Festlegungen des EVU.

§ 11 Statusberichte

- (1) Das EVU trägt die Beweislast für die ordnungsgemäße Erbringung der im Rahmen dieses Vertrages geschuldeten Leistungen.
- (2) Das EVU erstattet dem Auftraggeber aus diesem Grund Berichte über die von ihm erbrachten Leistungen und deren Qualität gemäß **Anlage 3**. Die Berichtserstattung erfolgt soweit in **Anlage 3** nicht anders angegeben in elektronischer Form über entsprechende Datenschnittstellen. Die Anforderungen an die Datenschnittstellen sind in der **Leistungsbeschreibung Anlage L** definiert.

§ 12 Kontrolle der Einhaltung von geschuldeten Mindestarbeitsbedingungen

Der Auftraggeber ist gemäß § 10 Abs. 1 des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern (VgG M-V) befugt, Kontrollen beim EVU bezüglich der Einhaltung der Verpflichtungen des EVU gemäß seiner „Erklärung zur Tariftreue und zum Mindestentgelt“ (**Formblatt F.3**) durchzuführen. Zur Durchführung dieser Kontrollen kann der Auftraggeber Einsicht in die Entgeltabrechnungen, die die zur Erfüllung der nach dem Verkehrsvertrag geschuldeten Leistungen eingesetzten Beschäftigten

betreffen, sowie in die zwischen dem EVU und seinen Nachunternehmern geschlossenen Verträge nehmen. Das EVU ist verpflichtet, seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Das EVU ist außerdem verpflichtet, vollständige und prüffähige Unterlagen zur Vornahme der Kontrollen bereitzuhalten und dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich vorzulegen.

§ 12a Übernahme von Betriebspersonal des bisherigen Betreibers

Das EVU hat nach Maßgabe von **Anlage 12** dem Betriebspersonal des bisherigen Betreibers die Rechte zu gewähren, auf die es Anspruch hätte, wenn ein Betriebsübergang nach § 613a BGB erfolgt wäre.

§ 13 Einbeziehung von Subunternehmern

- (1) Das EVU kann sich zur Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Leistungspflichten Dritter bedienen. Die Verantwortung des EVU für die Erfüllung der Pflichten nach diesem Vertrag wird dadurch nicht berührt. Das EVU ist verpflichtet, einen bedeutenden Teil, mindestens 30 %, der öffentlichen Personenverkehrsdienste selbst zu erbringen, Art. 4 Abs. 7 VO (EG) Nr. 1370/2007.
- (2) Das EVU ist bei der Vergabe von Unteraufträgen für Fahrbetriebsleistungen verpflichtet, nach § 4 VgG M-V zu verfahren. Kleine und mittlere Unternehmen sind bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge regelmäßig angemessen zu beteiligen. Sie sind bei der Vergabe von Aufträgen zu bevorzugen, soweit dies mit den für das EVU geltenden gesetzlichen Bestimmungen und mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags zu vereinbaren ist. Dem Unterauftragnehmer ist das Land als Auftraggeber des EVU zu benennen. Vorstehendes gilt entsprechend bei der Unterauftragsvergabe durch Unterauftragnehmer.
- (3) Bei Vergabe eines Unterauftrages gemäß Abs. 2 dürfen mit dem Unterauftragnehmer keine ungünstigeren Bedingungen vereinbart werden, als zwischen dem EVU und dem Auftraggeber vereinbart sind.
- (4) Die nachträgliche Einschaltung oder Änderung des Einsatzes von Subunternehmern bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Voraussetzung für die Erteilung der Zustimmung des Auftraggebers ist, dass die Befähigung bzw. Erlaubnis des Unterauftragnehmers zur Berufsausübung sowie – falls dieser für die Durchführung der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen eingesetzt werden soll – dessen technische und berufliche

Leistungsfähigkeit nachgewiesen werden und dass für den Unterauftragnehmer keine zwingenden Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Bei Vorliegen von fakultativen Ausschlussgründen im Sinne des § 124 GWB liegt die Zustimmung im Ermessen des Auftraggebers. Die Befähigung bzw. Erlaubnis des Unterauftragnehmers zur Berufsausübung sowie ggf. dessen technische und berufliche Leistungsfähigkeit und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB sind dem Auftraggeber bei der Beantragung der Zustimmung zur Übertragung von Teilen der Leistung auf einen Dritten nachzuweisen. Die Zustimmung des Auftraggebers ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingestellt ist.

§ 14 Nachweis über Vorbereitungsmaßnahmen zur Betriebsaufnahme

- (1) Das EVU legt dem Auftraggeber innerhalb der ersten zwei Monate nach Beauftragung ein verbindliches Betriebsaufnahmekonzept mit Zeitplan vor, das die Anforderungen von **Anlage 8** berücksichtigt. Das Betriebsaufnahmekonzept beschreibt Maßnahmenschritte und Meilensteine insbesondere für die Bereiche Fahrzeugübernahme, Personalakquisition und -schulung vom Zeitpunkt seiner Vorlage an den Auftraggeber bis zur Betriebsaufnahme nach § 5 Abs. 2. Das Betriebsaufnahmekonzept muss im Einzelnen nachvollziehbar und hinsichtlich seiner Abläufe und Fristen objektiv geeignet sein, die Betriebsaufnahme zu gewährleisten.
- (2) Das EVU hat dem Auftraggeber die fristgerechte Umsetzung des Betriebsaufnahmekonzeptes während der Ausführungsfrist **ab Mai 2021 jeweils zum 15. eines Monats** schriftlich nachzuweisen.
- (3) Zeigt der Auftraggeber während der Durchführung des Betriebsaufnahmekonzeptes schriftlich Zweifel daran, dass die nach dem Angebot des EVU zur Erbringung der geschuldeten Verkehrsleistungen vorgesehenen Ressourcen zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme (vollständig) zur Verfügung stehen, ist das EVU innerhalb von **drei Wochen** nach Zugang der Anzeige zur Aufstellung eines Ersatzkonzeptes verpflichtet. Darin sind Angaben zur Beschaffung der fehlenden Ressourcen zur Bedienung des ausgeschriebenen Fahrplans zu machen, wenn und soweit das EVU die rechtzeitige Bereitstellung dieser Ressourcen nicht belegen kann. Im Ersatzkonzept sind insbesondere Maßnahmen zur Sicherstellung einer ausreichenden Verfügbarkeit von für die Bedienung des ausgeschriebenen Fahrplanes ausgebildeten Personalen einschließlich etwaiger Mehrbedarfe im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Betriebsaufnahme zu beschreiben. Die Verfügbarkeit von diesen Personalen einschließlich zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme ist glaubhaft zu machen.

- (4) Das Ersatzkonzept ist umzusetzen, wenn die Betriebsaufnahme anderenfalls nicht gewährleistet werden kann. Dies gilt insoweit nicht, wie das EVU dem Auftraggeber belegt, dass die vertraglich zum Einsatz vorgesehenen Ressourcen zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme eingesetzt werden können. Können die vertraglich geschuldeten Ressourcen nur teilweise zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme eingesetzt werden, entscheidet der Auftraggeber über den Einsatzort der Ressourcen.

§ 15 Sonstige Pflichten des EVU

- (1) Die Vertragspartner bilden eine gemeinsame Arbeitsgruppe, über deren Besetzung und Kompetenzen sie sich einvernehmlich verständigen. Diese behandelt alle während der Vorbereitung der Betriebsaufnahme und bei der Vertragsdurchführung auftretenden Fragen.
- (2) Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die vertragsgegenständliche Leistung erfolgt in vertrauensvoller Zusammenarbeit. Die Leistungspflichten des EVU im Bereich Marketing und Kommunikation richten sich nach den Festlegungen von **LB, Punkt 4.7** sowie ergänzend nach dem Angebot des EVU. Als jährliches Marketingbudget ist der in der **Position 7** des Kalkulationsschemas im Anhang zur **Anlage 5** kalkulierte Betrag zu verwenden, mindestens jedoch 110.000 € p.a. Die zweckgemäße Verwendung des Marketingbudgets ist im Rahmen der Jahresschlussabrechnung nachzuweisen. Kosten für weitere ortsbezogene Marketingmaßnahmen im Einzugsbereich des Teilnetzes, die zusätzlich zum Marketingbudget nach Satz 3 entstehen, werden nach Auftrag gegen Nachweis vom Land erstattet. In einem Vertragsjahr aus dem Marketingbudget nicht verausgabte Mittel müssen in das Folgejahr übertragen werden. Nicht verausgabte Mittel im letzten Vertragsjahr werden im Rahmen der Jahresschlussabrechnung verrechnet.
- (3) Bei der Erstellung der Fahrplanentwürfe stimmt sich das EVU mit den im Einzugsbereich tätigen Verkehrsunternehmen im regionalen ÖPNV auf Schiene und Straße, den Verkehrsverbänden, aber auch mit den Verkehrsunternehmen des Schienenpersonenfernverkehrs sowie des lokalen ÖPNV ab. Bei eventuell auftretenden Schwierigkeiten ist der Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten. Die Leistungspflichten des EVU zur Anschlussgestaltung in der Planung und im Betrieb regelt **LB, Punkt 4.2.4**.
- (4) Das EVU verpflichtet sich, alle ihm vorliegenden vertragsbezogenen Daten, die zur Beurteilung der Fahrplangestaltung, zur Gestaltung von Verkehrsauskunftssystemen sowie zur Einspeisung in Datenbanksysteme des Auftraggebers erforderlich sind, dem Auftraggeber auf Anforderung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

- (5) Die Leistungspflichten des EVU zu Fahrgastzählungen richten sich nach den Festlegungen von **LB, Punkt 4.6.4.1**. Zählraten sind gemäß **Anlage 3** bereitzustellen. Die Ergebnisse von Kundenbefragungen und Verkehrserhebungen einschließlich Erkenntnissen über Fahrtzwecke und -bedürfnisse stellen sich die Vertragspartner darüber hinaus gegenseitig unentgeltlich zur Verfügung.
- (6) Die Weitergabe der Daten nach den Abs. 4 und 5 an Dritte ist nur zulässig, soweit dieser Vertrag den Vertragspartnern ein entsprechendes Recht einräumt oder die Vertragspartner der Weitergabe vorab zustimmen.
- (7) Das EVU verpflichtet sich, den Auftraggeber bzw. Unternehmen, die im Auftrag des Auftraggebers tätig sind, bei Verkehrserhebungen, Kundenbefragungen und Kundenzufriedenheitsanalysen zu unterstützen. Insbesondere wird das EVU dazu aktuelle Fahrplandaten bereitstellen und dem beauftragten Personal den ungehinderten und unentgeltlichen Zugang zu seinen Zügen gewähren.
- (8) Das EVU verpflichtet sich, im Bedarfsfall an übergreifenden Fragen, die für die im Einzugsbereich tätigen Verkehrsunternehmen des ÖPV von Interesse sind, mitzuarbeiten.

3. Abschnitt: Veränderung der Leistungspflichten des EVU

§ 16 Jährliche Fortschreibung des Fahrplans

- (1) Die Vertragspartner unterrichten sich laufend über fahrplantechnische Änderungswünsche und begründen diese. Das EVU ist für die jährliche Fortschreibung des Fahrplanes verantwortlich und erstellt dazu unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 15 Abs. 3 einen Fahrplänenwurf zur Abstimmung mit dem Auftraggeber.
Zur Erstellung der Jahresfahrpläne gilt folgendes Procedere:
 - Der Auftraggeber teilt dem EVU rechtzeitig seine Bestellabsichten mit.
 - Daraufhin werden die entsprechenden Planungsstände vom EVU erstellt und zwischen den Vertragspartnern ausgetauscht. Dabei müssen auch die konkreten Verkehrstagerregelungen (u. a. Jahreswechsel, Feiertage) spätestens bei der Endabstimmung der einzelnen Fahrplanabschnitte zwischen Auftraggeber und EVU festgelegt werden.
 - Für jedes Jahresblatt erfolgt die Endabstimmung des Leistungsumfanges und die Bestätigung des Auftraggebers für den vom EVU einzureichenden Fahrplänenwurf (siehe **Anlage 1**) gemäß den Vorgaben von Abs. 2.

- (2) Der Fahrplanentwurf des EVU ist dem Auftraggeber spätestens sechs Wochen vor Ablauf der im Eisenbahnregulierungsgesetz (ERegG) genannten Frist zur Anmeldung von Zugtrassen schriftlich zur Zustimmung vorzulegen. Gibt der Auftraggeber innerhalb von vier Wochen nach Vorlage des Fahrplanentwurfs keine Stellungnahme ab, gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt. Kann über den vom EVU vorgelegten Fahrplanentwurf kein Einvernehmen hergestellt werden, kommt dem Auftraggeber das Letztentscheidungsrecht zu. Der jeweils geltende Fahrplan wird in den Jahresblättern in der **Anlage 1** dokumentiert.
- (3) Der Auftraggeber hat das Recht, Verkehrsleistungen zeitlich und räumlich umzubestellen, sofern dadurch der Umfang der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen insgesamt nicht verändert wird. Umbestellungen im Sinne dieses Absatzes führen nicht zu einer Veränderung des Zuschussatzes des Auftraggebers nach § 28 Abs. 6, wenn sie paarig erfolgen, nicht zu einer Veränderung des Fahrzeugbedarfs oder zu zusätzlichen Leerfahrten führen; ansonsten wird der Zuschussatz des Auftraggebers gemäß § 2 Nr. 3 VOL/B angepasst.

§ 17 Unterjährige Fahrplananpassungen

- (1) Die Änderung des Fahrplanes während der Fahrplanperiode ist nur einvernehmlich möglich.
- (2) Soweit einer der Vertragspartner eine unterjährige Änderung des Fahrplanes begehrt, unterrichtet er den anderen Vertragspartner hiervon und begründet seinen Änderungswunsch.

§ 18 Bestellung zusätzlicher Verkehrsleistungen (Mehrleistungen)

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht zur Bestellung zusätzlicher Verkehrsleistungen im Teilnetz Ostseeküste II und auf angrenzenden Strecken im Land Mecklenburg-Vorpommern, wenn dies zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung in allen Teilen des Landes erforderlich ist. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn Taktlücken geschlossen, Saisonregelungen skaliert, wegfallende Leistungen des SPFV ersetzt oder zusätzliche Angebote in Tagesrandlagen erbracht werden sollen. Zusätzlich bestellte Verkehrsleistungen sind alle Leistungen, die den Umfang der Grundleistungen gemäß **Anlage 1a** überschreiten. Der maximale Umfang zusätzlich bestellter Leistungen beträgt 20 % der Grundleistungen nach **Anlage 1a**.

- (2) Wenn der Auftraggeber zusätzliche Verkehrsleistungen auf den Strecken des Teilnetzes Ostseeküste II gemäß **Anlage 1** bestellt, die nicht zu einer Veränderung des Bedarfs an Personal und/oder Fahrzeugen führen, erhält das EVU hierfür einen Zuschuss nach § 28.
- (3) Können die auf den Strecken des Teilnetzes Ostseeküste II zusätzlich bestellten Verkehrsleistungen gemäß **Anlage 1** nur mit zusätzlichem Personal und/oder zusätzlichen Fahrzeugen erbracht werden, ist die Bestellung zusätzlicher Verkehrsleistungen nur im Einvernehmen zulässig. In diesem Fall wird der Zuschuss des Auftraggebers nach § 28 gemäß § 2 Nr. 3 VOL/B angepasst. Das EVU übergibt dem Auftraggeber die Kalkulation in der Form des Kalkulationsschemas nach **Anlage 5**.
- (4) Wenn und soweit der Auftraggeber im Einvernehmen mit dem EVU Mehrleistungen auf angrenzenden Strecken im Land Mecklenburg-Vorpommern bestellt, einigen sich die Parteien zuvor auf einen Zuschuss, der die Kosten der zusätzlichen Leistungen und die daraus resultierenden Mehr- und Minderkosten der übrigen Leistungen des EVU im Teilnetz Ostseeküste II berücksichtigt. § 21 gilt entsprechend. Das EVU übergibt dem Auftraggeber die Kalkulation in der Form des Kalkulationsschemas nach **Anlage 5**.

§ 19 Abbestellung von Verkehrsleistungen (Minderleistungen)

- (1) Das Verkehrsangebot im Jahresfahrplan 2022 unterliegt keiner Abbestellregelung. In den Folgejahren hat der Auftraggeber das Recht zur Abbestellung von Verkehrsleistungen. Minderleistungen nach diesem Absatz können mit einer Vorlaufzeit von mindestens sechs Wochen vor Ablauf der im Eisenbahnregulierungsgesetz (ERegG) genannten Frist zur Anmeldung von Zugtrassen verlangt werden. Der Auftraggeber wird Verkehrsleistungen nur paarig abbestellen.
- (2) Abbestellungen führen nicht zu einer Änderung des fixen Kostenanteils nach Tabellenblatt 7, Pos. 3 des Kalkulationsschemas, sofern der Umfang der Abbestellung **maximal 10,0 %** des Umfangs der Grundleistungen gemäß **Anlage 1a** ausmacht. Der Umfang der Abbestellung wird ermittelt, indem der Umfang der Verkehrsleistung der Anlage 1 des Vertragsjahres 20XX mit dem Umfang der Grundleistung gemäß Anlage 1a verglichen wird. Im Falle von Abbestellungen nach Satz 1 wird der Zuschuss entsprechend der Veränderung des variablen Kostenanteils nach den Regelungen des § 28 angepasst.
- (3) Werden Verkehrsleistungen in größerem Umfang als in Abs. 2 geregelt abbestellt, ist der Zuschuss nach § 2 Nr. 3 VOL/B an die veränderten Kosten des EVU anzupassen. Für die Anpassung ist der zum Zeitpunkt der

Abbestellung jeweils geltende Stand des fixen und des variablen Kostenanteils maßgebend.

§ 20 Veränderung sonstiger Leistungspflichten des EVU

- (1) Das Land hat auch das Recht zur Veränderung der sonstigen Leistungspflichten des EVU.
- (2) Es gilt § 2 Nr. 3 VOL/B.

§ 21 Anpassung des Zuschusses nach § 2 Nr. 3 VOL/B

- (1) Erfolgt eine Anpassung des Zuschusses des Auftraggebers nach den veränderten Kosten des EVU im Sinne des § 2 Nr. 3 VOL/B, hat das EVU die sich verändernden Kosten gegenüber dem Auftraggeber im Einzelnen darzulegen. Beruft es sich auf Kostenerhöhungen, ist es für ihr Vorliegen beweispflichtig. Das EVU ist des Weiteren zur weitest gehenden Minimierung seiner Aufwendungen verpflichtet. Es muss sich dasjenige anrechnen lassen, was es unter Verstoß gegen diese Minimierungspflicht nicht erspart oder durch eine anderweitige Verwendung seiner Betriebsmittel oder seines Personals erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.
- (2) Der Auftraggeber kann die Angaben des EVU durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine andere fachkundige Person (bezeichnet als Sachverständiger) überprüfen lassen. Dieser wird einvernehmlich festgelegt. Wird kein Einvernehmen erzielt, wird der Sachverständige durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts Rostock bestimmt. Der Sachverständige entscheidet verbindlich für die Vertragsparteien über die Anpassung des Zuschusssatzes des Auftraggebers und über die Verteilung der Kosten seines Tätigwerdens und berücksichtigt bei der zuletzt genannten Entscheidung, inwieweit die ursprünglichen Vorstellungen der Vertragspartner in seinem Prüfungsergebnis Eingang gefunden haben. Im Zweifel hat er seine Kosten gleichmäßig auf die Vertragsparteien aufzuteilen.

4. Abschnitt: Nicht- und Schlechtleistungen; Vertragsstrafen

§ 22 Nichtleistungen

- (1) Werden fahrplanmäßige Zugkilometer wegen Zugausfalls nicht erbracht, wird der Zuschuss in Höhe des variablen Kostenanteils je nicht erbrachten Zugkm im aktuellen Stand (siehe **Anlage 5, Tabellenblatt 7 – Pos. 7**, (wertgesichert nach § 29, ggf. fortgeschrieben nach 3. Abschnitt) gemindert.
- (2) Unter welchen Voraussetzungen ein Zugausfall vorliegt, ergibt sich aus **Anlage 2, Punkt 2.1**.
- (3) freibleibend
- (4) Der Abzug vom Zuschuss errechnet sich durch das Produkt der ausgefallenen Zugkilometer mit dem hierfür jeweils geltenden variablen Kostenanteil am Zuschusssatz pro Zugkilometer im betroffenen Jahr.
- (5) Erbringt das EVU die ausgefallenen fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen im Wege eines Busnot- oder Schienenersatzverkehrs nach den Vorgaben der **Anlage 2**, erhält das EVU hierfür anstelle des nach Abs. 1 geminderten variablen Kostenanteils einen Zuschuss nach Maßgabe der **Anlage 2 Punkt 2.3**.

§ 23 Schlechtleistungen

- (1) Erbringt das EVU die von ihm geschuldeten Leistungen nicht in der geschuldeten Qualität, ist der Auftraggeber zur Minderung seines Zuschusses berechtigt.
- (2) Die Voraussetzungen des Rechts zur Minderung des Zuschusses und die Höhe der Minderungsbeträge auf Grund der Kundenzufriedenheitsanalyse gemäß § 7 Abs. 2 und 3 sind in **Anlage 2 Punkt 1** geregelt.
- (3) Die Minderung nach Abs. 2 ist für die ersten zwei Betriebsjahre 2022 und 2023 auf maximal **731.000 € p. a.** begrenzt. In den Folgejahren gelten Begrenzungen der Minderung nach Maßgabe des **Anhangs Teil I** (zu Anlage 2) **Punkt 8**.
- (4) Weitere Minderungsfälle bei Leistungseinschränkungen bzw. -störungen ergeben sich aus **Anlage 2 Punkt 3**. Darüber hinaus sind Minderungsfälle des nicht vertragsgerechten Fahrzeugeinsatzes in **Anlage 4 Punkt 4.3** und

Minderungsfälle des nicht vertragsgerechten Vertriebs in **Anlage 6 Punkt 7** geregelt.

- (5) Sind Abweichungen von der geschuldeten Qualität nicht in **Anlage 2, 4 oder 6** geregelt, bemisst sich die Minderung des Zuschusses nach § 638 Abs. 3 BGB. Die Minderung des Zuschusses enthebt das EVU nicht von der Verpflichtung, die Ursachen der Schlechtleistung unverzüglich zu beseitigen.
- (6) Soweit in diesem Vertrag und seinen Anlagen pauschale Abzugsbeträge wegen Nicht- oder Schlechtleistungen des EVU gemäß §§ 22 und 23 geregelt sind, handelt es sich dabei um Minderungsbeträge, die dem verminderten Wert der erbrachten Leistung im Vergleich zur geschuldeten Leistung entsprechen. Die Möglichkeit des Gegenbeweises für das EVU im Sinne von § 309 Nr. 5b BGB bleibt insoweit (pauschaler Abzugsbetrag entspricht angeblich nicht dem verminderten Wert der erbrachten Leistung) unberührt. Wenn der Auftraggeber für die jeweilige Nicht- oder Schlechtleistung (mit) verantwortlich ist, ist dies bei der Bemessung der eben genannten Abzüge nach den Grundsätzen des § 254 BGB zu berücksichtigen.

§ 24 Vertragsstrafen

- (1) Nimmt das EVU die fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen nicht zu dem in § 5 Abs. 2 genannten Zeitpunkt auf, so hat der Auftraggeber Anspruch auf die Zahlung einer Vertragsstrafe. Diese beträgt **5.000 € pro Tag** der Verspätung. Bei nicht vollständiger Aufnahme des Verkehrsbetriebs verringert sich die Vertragsstrafe proportional um den Anteil der aufgenommenen Verkehre. Soweit das EVU die Ursache für die verspätete Betriebsaufnahme nicht zu vertreten hat, wird es von der Verpflichtung zur Zahlung der Vertragsstrafe frei. Sollte eine nicht rechtzeitige Betriebsaufnahme durch eine verspätete Bereitstellung der Fahrzeuge durch den zur Übergabe der Fahrzeuge Verpflichteten (Vertragsverletzung durch diesen) verursacht werden, gilt dies nicht als Verschulden des EVU.
- (2) Das EVU hat dem Auftraggeber für jeden schuldhaften Verstoß gegen die Verpflichtungen des EVU gemäß seiner „Erklärung zur Tariftreue und zum Mindestentgelt“ (**Formblatt F.3**) eine Vertragsstrafe in Höhe von **einem Prozent**, bei mehreren Verstößen bis zu höchstens **fünf Prozent** des Grundbetrages des Zuschusses nach § 28 Abs. 6 im betroffenen Jahr zu zahlen. Das EVU ist zur Zahlung der Vertragsstrafe ebenso verpflichtet, wenn ein von ihm beauftragter Subunternehmer oder ein von diesem eingesetzter Subunternehmer gegen die Verpflichtungen gemäß der „Erklärung zur Tariftreue und zum Mindestentgelt“ verstößt, sofern das EVU diesen Verstoß kannte oder kennen musste. § 10 Abs. 2 Nr. 3 VgG M-V findet Anwendung.

- (3) Hält das EVU trotz Abmahnung und Setzung einer angemessenen Nachfrist seine in § 14 geregelten Vertragspflichten zur Vorlage des Betriebsaufnahmekonzeptes nach §14 Abs. 1, zur Vorlage der Berichte zur Umsetzung des Betriebsaufnahmekonzeptes nach §14 Abs. 2 sowie zur Vorlage eines Ersatzkonzeptes nach § 14 Abs. 3, nicht ein, ist der Auftraggeber berechtigt, nach billigem Ermessen eine Vertragsstrafe in Höhe von **bis zu 1.000 Euro pro Tag der Verspätung** zu erheben. Die Höhe der Vertragsstrafe wird dabei nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Auftraggebers unter Berücksichtigung der Schwere des Vertragsverstoßes und dessen Folgen für eine ordnungsgemäße Betriebsaufnahme bestimmt.
- (4) Meldet das EVU trotz Abmahnung und Setzung einer angemessenen Nachfrist die von ihm erzielten Fahrgeldeinnahmen entgegen der Verpflichtung gemäß § 27 Abs. 4 nicht oder nicht vollständig im Rahmen der Statusberichte, ist das Land berechtigt, nach billigem Ermessen eine Vertragsstrafe in Höhe von **bis zu 1.000 Euro pro Tag der Verspätung** zu erheben. Die Höhe der Vertragsstrafe wird dabei nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Auftraggebers unter Berücksichtigung der Höhe der nicht oder nicht vollständig gemeldeten Einnahmen bestimmt.
- (5) Kommt das EVU trotz Abmahnung und Setzung einer angemessenen Nachfrist seiner Verpflichtung aus § 11 zur Vorlage der geschuldeten Statusberichte oder zur Vorlage von Sonderstatusberichten nicht nach, ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe nach billigem Ermessen eine Vertragsstrafe in Höhe von **bis zu 1.000 Euro pro Tag der Verspätung** zu erheben. Die Höhe der Vertragsstrafe wird dabei nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Auftraggebers unter Berücksichtigung der nicht oder nicht vollständig gelieferten Statusberichte bestimmt.
- (6) Verstößt das EVU gegen seine Verpflichtung aus **Anlage 13, Ziffer 5.1** zur Überlassung der Fahrzeuge oder des Ersatzteillagers nach Ausübung des Vertragseintrittsrechts innerhalb der insoweit festgelegten Fristen, wird für jeden vollendeten Tag und jedes Fahrzeug und/oder das Ersatzteillager nach dieser Frist eine Vertragsstrafe in Höhe von **2.000 Euro** fällig.
- (7) Verstößt das EVU gegen seine Verpflichtungen zur Übergabe der in **Anlage 13, Ziffer 5.3** genannten Dokumente an einen Folgenutzer der Fahrzeuge, wird für jeden vollendeten Tag und jedes Fahrzeug nach dieser Frist für jeden Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von **1.000 Euro** erhoben.
- (8) Die jährlichen Vertragsstrafen sind auf eine Höchstsumme von **fünf Prozent** des Grundbetrags des Zuschusses nach § 28 Abs. 6 in dem betroffenen Jahr begrenzt. Die Vertragsstrafen nach diesem Vertrag werden nur verwirkt, wenn das EVU den Vertragsverstoß zu vertreten hat, was widerleglich vermutet wird. Ist eine Vertragsstrafe aus Sicht des EVU unverhältnismäßig hoch, hat es die

Möglichkeit zur Beantragung einer Herabsetzung der Strafe entsprechend § 343 BGB. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers gegen das EVU bleiben unberührt. Die gezahlten Vertragsstrafen sind jedoch auf den Schadensersatzanspruch anzurechnen, soweit Interessenidentität besteht.

§ 25 Zugang zu den Zügen und Anlagen des EVU

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, Stichproben zur Qualitätskontrolle auch ohne Vorankündigung vorzunehmen. Das EVU gewährt dem Auftraggeber bzw. von diesem beauftragten Dritten zur Erfüllung ihrer Kontrolltätigkeit in Bezug auf die Leistungen aus diesem Vertragsverhältnis uneingeschränkten und unentgeltlichen Zugang zu den im Fahrgastbetrieb befindlichen Zügen sowie innerhalb der Geschäfts- und Betriebsstunden zu den für die Erbringung der Verkehrsleistung vorgesehenen Arbeitsplätzen, Werkstätten, Lagerräumen und Abstellanlagen.
- (2) Das EVU gewährt dem Auftraggeber auf Verlangen Einblick in alle den Vertragsgegenstand betreffenden betrieblichen Unterlagen und Daten, soweit dies für die Qualitätskontrolle des Auftraggebers erforderlich ist und erteilt die hierfür erforderlichen Auskünfte. § 4 Nr. 2 Abs. 2 und Abs. 3 VOL/B gelten entsprechend.
- (3) Das EVU stellt der VMV für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zwei Netzfahrkarten für die 1. Wagenklasse für die nach § 5 insgesamt im Teilnetz Ostseeküste II vertragsgegenständlichen Leistungen zur Verfügung.

5. Abschnitt: Tarife, Einnahmen aus Beförderungsentgelten

§ 26 Tarife

- (1) Das EVU hat Tarife anzuwenden, die die in **Anlage 6** formulierten Anforderungen erfüllen.
- (2) Das EVU beantragt die erforderlichen Tarifgenehmigungen und sorgt für die Bekanntmachung der auf den Strecken des Teilnetzes Ostseeküste II geltenden Tarife.
- (3) Für Verkehre innerhalb der Grenzen von Verkehrskooperationen (Tarifgemeinschaften, Verkehrsverbände) gelten deren Regelungen, insbesondere Gemeinschaftstarife, Kooperationsverträge, Einnahmenaufteilungsverträge und sonstige Mitwirkungspflichten. Einzelheiten regelt die **Anlage 6**. Der Auftrag-

geber hat das Recht, seine Rechte bzw. Interessen jederzeit in Gänze oder einzelfallbezogen selbst wahrzunehmen.

- (4) Zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit der Reisenden ist Angehörigen von Polizei und Bundespolizei Freifahrt zu gestatten, sofern diese Uniform tragen. Weitere Freifahrtberechtigungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers. Die Nutzung der weiteren Freifahrtberechtigungen unterliegt der Meldepflicht gemäß **Anlage 3**.
- (5) Das EVU ist auf Anforderung der VMV zur Mitwirkung bei der Vorbereitung und Umsetzung eines landeseinheitlichen SPNV- oder ÖPNV-Tarifs und/oder bundeseinheitlichen SPNV-Tarifs verpflichtet. Dazu bilden die Vertragspartner eine gemeinsame Arbeitsgruppe.

§ 27 Einnahmen aus Beförderungsentgelten

- (1) Die vom EVU erzielten Einnahmen aus Beförderungsentgelten für die nach diesem Vertrag geschuldeten Verkehrsleistungen sowie evtl. angefallene erhöhte Beförderungsentgelte (vorbehaltlich insoweit abweichender Regelungen in Verkehrsverbänden/Tarifkooperationen) stehen dem EVU zu und werden von ihm versteuert. Sie werden mit Ausnahme des erhöhten Beförderungsentgelts auf den Zuschuss des Landes nach den Vorgaben des § 28 angerechnet.
- (2) Das EVU hat gegenüber dem Auftraggeber sicher zu stellen, dass die Beförderung der Fahrgäste nur gegen Entgelt erfolgt, soweit dieser Vertrag keine abweichenden Regelungen enthält.
- (3a) Einnahmen aus durchgehender Abfertigung und Anerkennung fremder Tarifangebote gemäß **Anlage 6** hat das EVU mit den beteiligten Unternehmen zu teilen. Die Verträge zur Einnahmenaufteilung bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber darf seine Zustimmung nur verweigern, wenn der Einnahmenaufteilungsvertrag keine leistungsgerechte Zuweisung der Fahrgeldeinnahmen auf die vom EVU aufgrund des Verkehrsvertrages Teilnetz Ostseeküste II erbrachten Verkehrsleistungen zur Folge hat. Die Nachweisführung obliegt dem EVU.
- (3b) Das Land hat das Recht, die Verhandlungen zu Einnahmenaufteilungsverträgen insbesondere nach Abs. 3a und sonstigen Kooperationsverträgen, die Auswirkungen auf die Einnahmengröße und -entwicklung der aufgrund dieses Vertrages erbrachten SPNV-Leistungen haben, selbst zu führen. Unbeschadet dessen führt das EVU die Verhandlungen solange eigenverantwortlich, wie das Land nicht gegenüber dem EVU erklärt, diese Verhandlungen selbst führen zu wollen. Dies kündigt

das Land mit einem Vorlauf von mindestens drei Wochen an. Das EVU unterrichtet das Land, sofern es die Verhandlungen selbst führt, laufend und unverzüglich über den jeweiligen Stand der Verhandlungen. Dem Land ist es jederzeit gestattet, an diesen Verhandlungen teilzunehmen.

- (4) Das EVU berichtet dem Auftraggeber in seinen Statusberichten gemäß § 11 nach den Vorgaben der **Anlage 3** über die Höhe der monatlich erzielten Erlöse aus den Beförderungsentgelten. Alle kassentechnischen Einnahmen eines vollständigen Jahres sind jeweils bis zum 30.04. des Folgejahres durch einen Wirtschaftsprüfer zu testieren. Der Ergebnisbericht des Wirtschaftsprüfers ist der VMV unverzüglich vorzulegen. Mitteilungen zu Einnahmen nach Abs. 3a sind der VMV ebenfalls unverzüglich vorzulegen. Die Einnahmen des Randjahres 2021 sind im Jahr 2022 mit zu erfassen. Die Kosten des Wirtschaftsprüfers trägt das EVU. Auch für den Eigenaufwand des EVU erfolgt keine separate Erstattung. Die testierten Einnahmen des Jahres sowie die festgestellten Ansprüche aus der Einnahmenaufteilung nach Abs. 3a bilden die Grundlage für die jeweilige Jahresschlussabrechnung nach **Anlage 3**.
- (5) Liegen der WP-Bericht nach Abs. 4 und die Mitteilungen zu Einnahmen nach Abs. 3a nicht bis zur Erstellung der Jahresschlussabrechnung vor, behält sich die VMV vor, die Höhe der anzurechnenden Erlöse nach eigenem Ermessen festzulegen. Nach Vorliegen des WP-Berichtes nach Abs. 4 und den Mitteilungen zu Einnahmen nach Abs. 3a erfolgt mit der Schlussrechnung des Folgejahres gegebenenfalls eine Korrektur der Erlösposition.
- (6) Das EVU legt dem Land jeweils bis zum **30. Oktober** auf Grundlage der anzuwendenden Tarife gemäß **Anlage 6** eine Erlösprognose für das Folgejahr vor. Hierbei sind die kassentechnischen Einnahmen und die Erlösansprüche differenziert für jeden Tarif zu prognostizieren. Die Erlösprognose wird nach Bestätigung durch das Land für die Ermittlung der Abschlagsbeträge gemäß § 31 Abs. 1 herangezogen.

6. Abschnitt: Finanzierung und Zahlungsmodalitäten

§ 28 Berechnung des jährlichen Zuschusses an das EVU

- (1) Das Land zahlt für die vom EVU zu erbringenden Leistungen einen jährlichen Zuschuss. Dieser errechnet sich nach den in diesem Paragraphen dargestellten, aufeinander aufbauenden Schritten.

- (2) Ausgangspunkt der Berechnung sind die im Angebot des EVU ausgewiesenen jährlichen Kosten für die Leistungserbringung der Verkehrsleistungen ohne Infrastrukturkosten (Grundleistungen im Sinne von Anlage 1a, siehe **Anhang zur Anlage 5, Tabellenblatt 5, Positionen 9 Kf, 9 Kv und 9 Kg**).
- (3) Die Kosten gemäß **Anhang zur Anlage 5, Tabellenblatt 5**, Positionen 9 a bis 9 c werden nach den in § 29 enthaltenen Regelungen zur Wertsicherung verändert. Weitere Kostenpositionen werden nicht wertgesichert.
- (4) (freibleibend)
- (5) Erfolgen Veränderungen der vom EVU geschuldeten Leistung nach den Regelungen des 3. Abschnittes, so verringern oder erhöhen sich die für das jeweilige Jahr nach den vorangegangenen Absätzen errechneten Kosten nach den im 3. Abschnitt beschriebenen Modalitäten.
- (6) Der Grundbetrag des Zuschusses errechnet sich durch Addition aus fixen und variablen Kosten (wertgesichert nach § 29, ggf. fortgeschrieben nach 3. Abschnitt) gemäß Tabellenblatt 7 des Kalkulationsschemas:
 - a) für den fixen Kostenanteil nach Tabellenblatt 7, Pos. 3 des Kalkulationsschemas.
 - b) für den variablen Kostenanteil nach Tabellenblatt 7, Pos. 4 des Kalkulationsschemas. Dieser Kostenanteil gleitet über die Vertragslaufzeit mit der tatsächlich bestellten Leistungsmenge. Er errechnet sich, indem die Pos. 4 durch die Zahl der Zugkm nach Tabellenblatt 7, Pos. 1, des Kalkulationsschemas geteilt wird und sodann mit den im jeweiligen Jahr tatsächlich bestellten Zugkm nach Anlage 1, Jahresleistung 20XX, multipliziert wird. Dies ergibt den für das Kalenderjahr 20XX geltenden variablen Grundbetrag des Zuschusses (ohne Infrastrukturkosten).Für die Randjahre 2021 und 2034 errechnet sich der Grundbetrag des Zuschusses abweichend von den vorstehend genannten Regelungen durch Addition aus fixen und variablen Kosten (wertgesichert nach § 29, ggf. fortgeschrieben nach 3. Abschnitt) wie folgt:
 - c) für den fixen Kostenanteil durch Multiplikation des Betrages nach Tabellenblatt 7, Pos. 6 mit der Zahl der tatsächlich bestellten Zugkm nach Anlage 1, Jahresleistung Randjahr.
 - d) für den variablen Kostenanteil entsprechend den Regelungen nach lit. b).
- (7) Von dem jetzt vorliegenden Grundbetrag des Zuschusses (ohne Infrastrukturkosten) erfolgen nunmehr alle zugkilometerabhängigen Abzüge für Nicht- und Schlechtleistungen nach § 23. Es werden die jeweils für diese Positionen ermittelten Zugkm (mit dem jeweils anwendbaren variablen

Zuschusssatz je Zugkm (**Anlage 5, Tabellenblatt 7, Pos. 7, wertgesichert nach § 29, ggf. fortgeschrieben nach 3. Abschnitt**) multipliziert und verrechnet.

- (8) (freibleibend)
- (9) Im nächsten Schritt erfolgt gegebenenfalls der Abzug von allen nicht zugkilometerabhängigen Schlechtleistungen nach § 23 als einmaliger Betrag.
- (10) Im nächsten Schritt erfolgt gegebenenfalls der Abzug von Vertragsstrafen nach § 24 als einmaliger Betrag.
- (11) Im nächsten Schritt erfolgt ein Abzug vom Zuschuss des Landes für Ausgleichsleistungen bzw. Zuwendungen oder Fördermittel Dritter nach den Regelungen des § 30.
- (12) Weiterhin erstattet das Land dem EVU die Entgelte für die Nutzung der Eisenbahninfrastruktur (Infrastrukturbenutzungsentgelte für Trasse/Verkehrsstationen) als durchlaufende Kosten für die im jeweiligen Kalender gemäß Jahresblatt der **Anlage 1** bestellten und erbrachten Zugkilometerleistungen, soweit es sich nicht um Nichtleistungen nach § 22 handelt. Das EVU hat die tatsächlichen Kosten für die Infrastrukturnutzung jährlich im Rahmen der Jahresschlussabrechnung nach § 32 anhand von Rechnungsnachweisen zu belegen. Infrastrukturbenutzungsentgelte für sonstige Fahrten (z. B. Überführungs- und Leerfahrten sowie Abstellgebühren) werden nicht erstattet.

§ 29 Wertsicherungsklausel

- (1) Ab dem Jahr 2022 erhalten die Vertragspartner das Recht, jeweils mit Wirkung ab Jahresbeginn eine für die Zukunft wirkende Anpassung der Kosten zu verlangen. Angepasst werden die im Angebot des EVU ausgewiesenen variablen Kostenpositionen laut **Anlage 5, Position 9a, 9b und 9c**, bzw. die entsprechenden variablen Kostenanteile für die nach § 28 geänderten Leistungen. Die übrigen fixen Kostenanteile bleiben bei der Berechnung der Anpassung unverändert.

Erstanpassung der Kosten (ab dem Jahr 2022 möglich)

Für die erste Anpassung im Jahr E ist die Veränderung des Standes des im Jahr E veröffentlichten Index im Vergleich zum Stand im Kalkulationsjahr 2020 maßgebend, der im Jahr 2021 veröffentlicht wird.

Folgeanpassungen der Kosten

Nach der ersten Anpassung erfolgen weitere Anpassungen im jeweiligen Jahr F nach der Veränderung des Indexstandes im Jahr F-1, der im Jahr F veröffentlicht wird, im Vergleich zu dem Indexstand, der im Jahr der letzten Anpassung veröffentlicht worden ist.

Angepasst wird jeweils anhand der prozentualen, auf zwei Stellen hinter dem Komma kaufmännisch gerundeten Veränderung des betrachteten Indexes. Die Tabellenblätter (8) und (9) in **Anlage 5** enthalten eine Beispielrechnung zur Wertsicherung.

- (2) Die Kostenanpassung berechnet sich nach der Entwicklung folgender Indizes:
1. Personalkosten (siehe ausgewiesener Anteilswert Personal unter Position 9a des Kalkulationsschemas, **Anlage 5**): Index der tariflichen Monatsverdienste in der Gesamtwirtschaft ohne Sonderzahlungen für Deutschland im Wirtschaftszweig "Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr" (WZ 2008: H 49.3) des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 16, Reihe 4.3, Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten).
 2. Energiekosten für die zu erbringenden Verkehrsleistungen (siehe Position 9b des Kalkulationsschemas, **Anlage 5**): Index des Statistischen Bundesamtes für „Elektrischer Strom bei Abgabe an Sondervertragskunden in Hochspannung“ (Fachserie 17, Reihe 2 unter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Tabelle 1.1 Aktuelle Ergebnisse – Elektrischer Strom bei Abgabe an Sondervertragskunden in Hochspannung, Nr. 621, Klassifikation 35 11 15).
 3. Sonstige variable Kosten (siehe Position 9.c des Kalkulationsschemas, Anlage 5): nach der Entwicklung des Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen des Statistischen Bundesamtes (GENESIS-Online, Themenbereich 61311: Deutschland, Insgesamt).
- (3) Werden die in Abs. 2 genannten Indizes mehrmals im Jahr veröffentlicht und erfolgt keine amtliche Feststellung eines Jahreswertes, sind der o. g. Berechnung die Durchschnittswerte des jeweiligen Indexes für dieses Jahr zugrunde zu legen.
- (4) (freibleibend)
- (5) Die Anpassung der Kosten setzt voraus, dass dies spätestens zum 30. April des Jahres, für das angepasst werden soll, schriftlich und unter Vorlage der zur Anpassung erforderlichen Nachweise von einem der Vertragspartner beim

jeweils anderen Vertragspartner verlangt wird. Die Anpassung erfolgt anschließend rückwirkend zum 01. Januar des Jahres, für das die Kosten angepasst werden sollen. Eine weiter gehende rückwirkende Anpassung ist ausgeschlossen.

- (6) Die Abschlagszahlungen werden erstmals im übernächsten Monat nach Eingang des im vorangegangenen Absatz angesprochenen Verlangens beim jeweils anderen Vertragspartner angepasst. Ansprüche der Vertragspartner aus den Monaten vor der Anpassung der Abschlagszahlungen rückwirkend bis zum Jahresbeginn werden in der Schlussrechnung für das jeweilige Jahr berücksichtigt.
- (7) Sollte sich im Falle der Umbasierung von Indexwerten durch das Statistische Bundesamt eine rückwirkende Veränderung der Entwicklung zwischen zwei auf einer anderen Basis bereits veröffentlichten Indexwerten ergeben, so erfolgt keine rückwirkende Anpassung des Zuschusses. Maßgebend sind die im Kalenderjahr (F) veröffentlichten Indexwerte des Kalenderjahres F-1. Bei der Anwendung eines umbasierten Index zur aktuell anstehenden Fortschreibung werden ausschließlich die nach Maßgabe der eingangs dargestellten Regelungen zu vergleichenden Indexwerte auf Basis des umbasierten Index angewandt. Es erfolgt keine Neuberechnung der Veränderungen der bereits festgestellten Fortschreibung als Aufsattpunkt für die anstehende Fortschreibung auf Basis des neuen Index.
- (8) Sollte einer der genannten Indizes während der Vertragslaufzeit durch das Statistische Bundesamt nicht fortgeführt werden, so wird der Index angewendet, dessen Anwendung das Statistische Bundesamt anstelle des nicht fortgeführten Index empfiehlt. Sofern ein anderer Index des Statistischen Bundesamtes in der Vergangenheit mit dem entfallenden Index wirtschaftlich und inhaltlich eher vergleichbar war, kann jede Vertragspartei innerhalb eines Jahres ab der Nichtfortführung des entfallenden Indexes seine Anwendung verlangen. Empfiehlt das Statistische Bundesamt keinen Index, so findet, sofern ein übergeordneter Index existiert, dieser Anwendung, wenn nicht ein anderer vom Statistischen Bundesamt veröffentlichter Index dem nicht fortgeführten Index näher kommt.
- (9) Unabhängig von den Abs. 7 und 8 können auf schriftlichen Antrag einer Vertragspartei die Indizes des Statistischen Bundesamtes dahingehend überprüft werden, ob sie die Kostenentwicklung im Nahverkehrsmarkt für EVU in Bezug auf die Personal- und Energiekosten angemessen berücksichtigen. Der Nachweis einer möglichen Unangemessenheit liegt beim Antragsteller. Dieser muss nachweisen, dass ein anderer, unabhängig ermittelter Index der tatsächlichen Kostenentwicklung im Nahverkehrsmarkt für EVU besser Rechnung trägt als der bisherige Index, gleichermaßen diskriminierungsfrei ist und die jeweils andere Vertragspartei durch das Änderungsverlangen nicht

unangemessen belastet. Bei dem zuvor genannten unabhängigen Index kann es sich insbesondere auch um einen neuen „Branchenindex SPNV“ handeln, der die Kostenentwicklung speziell für den SPNV abbildet. Kommt ein Indexwechsel für Abs. 2 Ziffern 1. und 2. zustande, wirkt sich dieser erstmalig in dem auf das Jahr der Antragstellung folgenden Jahr aus. Eine rückwirkende Zuschussanpassung ist ausgeschlossen.

§ 30 Gesetzliche Ausgleichsleistungen, Zuwendungen und Fördermittel

- (1) Das EVU ist verpflichtet, eine Erstattung der Fahrgeldausfälle nach dem IX. Buch des Sozialgesetzbuches bei der zuständigen Behörde zu beantragen. Die danach jährlich individuell gewährte Erstattung reduziert den Zuschuss des Landes nach § 28 Abs. 11. Verfahrensauskünfte sind der VMV jederzeit auf Anforderung zu erteilen. Die Verrechnung erfolgt im Rahmen der Jahresschlussabrechnung nach § 32 Abs. 1. Die hierfür erforderlichen Nachweise (Anträge, Bescheide und dergleichen) werden der VMV zur Verfügung gestellt.
- (2) Erhält das EVU darüber hinaus für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen Zahlungen zum Ausgleich von Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverlusten, reduzieren diese den Zuschuss des Auftraggebers.
- (3) Erhält das EVU Zuwendungen oder Zuschüsse des Auftraggebers außerhalb dieses Vertrages im Zusammenhang mit der Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen, ist es verpflichtet, sich daraus ergebende Kapitalkostensparnisse, Rationalisierungsvorteile, Erlössteigerungen oder sonstige finanzielle Vorteile bei der Jahresschlussabrechnung des Zuschussbetrags für die hiesigen SPNV-Leistungen zuschussmindernd anzurechnen.
- (4) Das EVU informiert den Auftraggeber über erhaltene Ausgleichsleistungen, Zahlungen etc. nach den vorangegangenen Absätzen.
- (5) Die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Mittel werden bei der Ermittlung des Zuschusses auch dann berücksichtigt, wenn und soweit diese Einnahmen nur deshalb ausbleiben, weil es das EVU versäumt hat, diese frist- und formgerecht zu beantragen, es sei denn das EVU weist nach, dass es das Versäumnis nicht zu vertreten hat. Erhält das EVU nach Abrechnung des letzten vertragsgegenständlichen Kalenderjahres gesetzliche Ausgleichsleistungen im Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen Leistungen, ist das EVU dem Auftraggeber gegenüber in entsprechender Höhe zur Erstattung verpflichtet. Gleiches gilt, soweit entsprechende Zahlungen

mangels form- oder fristgerechten Antrages ausbleiben und dies vom EVU zu vertreten ist.

§ 31 Abschlagszahlungen

- (1) Das EVU erhält vom Land monatliche, auf 1.000,00 € abgerundete, Abschlagszahlungen auf den jährlichen Zuschuss. Diese betragen 1/12 des Grundbetrags nach § 28 Abs. 6 für das jeweilige Jahr sowie 1/12 der dem Land gemäß § 8 Abs. 6 mitgeteilten prognostizierten Infrastrukturbenutzungsentgelte. Die Gewährung der Abschlagszahlungen bedeutet keine Abnahme der Leistung und keine Anerkennung der bis dahin vorgelegten Berichte und Nachweise. Bei erheblichen Leistungsstörungen darf das Land die Abschlagszahlungen angemessen kürzen.
- (2) Das Land bedient sich der VMV zur Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die Abschlagszahlungen sind von der VMV zum 20. eines Monats für diesen Monat auf ein vom EVU angegebenes Konto des EVU zu überweisen. Treffen die Regionalisierungsmittel des Bundes verspätet beim Land ein, erfolgt die Zahlung unverzüglich nach Eingang beim Land. Die VMV informiert das EVU unverzüglich über Zahlungsverzögerungen.
- (3) Bei einer vollständigen oder teilweisen Zahlung des Abschlagsbetrages nach Ablauf des auf den Monat, in dem die Zahlung fällig gewesen wäre, folgenden Monats schuldet das Land Verzugszinsen in Höhe von **2,0 Prozent p. a.** ab dem in Abs. 2 genannten Zeitpunkt. Dem EVU steht es frei, für aus einer verspäteten Zahlung des Abschlagsbetrages resultierende Schäden darüber hinaus gehenden Schadensersatz zu verlangen. Die Nachweispflicht für die Schäden trifft das EVU.

§ 32 Jahresschlussabrechnung

- (1) Das EVU hat dem Land spätestens zum 15. Juli des Folgejahres eine Jahresschlussabrechnung zur Prüfung vorzulegen. Mit der Jahresschlussabrechnung wird der dem EVU zustehende Ausgleichsanspruch für das gegenständliche Kalenderjahr ermittelt. Die Jahresschlussabrechnung ist nach der Prüfung durch das Land von einem vom EVU beauftragten Wirtschaftsprüfer innerhalb von drei Monaten bestätigen zu lassen. Weitere Einzelheiten regelt die **Anlage 3**.
- (2) Ergeben sich aus der Jahresschlussabrechnung Über- oder Unterzahlungen, werden diese dem EVU gesondert in Rechnung gestellt bzw. gesondert an dieses ausgezahlt. Der Ausgleich ist einen Monat nach dem Eingang der Bestätigung des Wirtschaftsprüfers bei beiden Vertragsparteien zur Zahlung fällig.

- (3) Für die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung der im Rahmen dieses Vertrages vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel finden die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern Anwendung.

§ 33 Umsatzsteuer

- (1) Auf den Zuschuss für die durch den Auftraggeber bestellten fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen fällt nach den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz vom 23.06.1994 und der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17.11.1995 keine Umsatzsteuer an.
- (2) Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die in Abs. 1 genannten Beschlüsse Bestand haben und die Zuschusszahlungen des Auftraggebers nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Soweit dennoch von den zuständigen Stellen gegenüber dem EVU zu Recht Umsatzsteuer erhoben wird, erhöht sich der zu zahlende Zuschuss entsprechend. Die Erhöhung umfasst auch etwaige Zinsnachteile, die dem EVU dadurch entstehen, dass es bis zu einer rechtlichen Klärung vorläufig zur Abführung der Umsatzsteuer verpflichtet ist, sowie Zinsnachteile, die dadurch entstehen, dass es aufgrund eines bestandkräftigen Umsatzsteuerbescheides endgültig zur Abführung der Umsatzsteuer verpflichtet ist. Eine nachträgliche Umsatzsteuerfestsetzung für Jahre, für welche die Jahresschlussabrechnung bereits abgeschlossen ist und etwaige noch offene Forderungen ausgeglichen sind, wird – sofern noch nicht alle Vertragsjahre abgerechnet sind – in den Zuschuss für das nächste noch abzurechnende Jahr eingerechnet und sonst gesondert abgerechnet.
- (3) Werden die Zuschüsse nach diesem Vertrag der Umsatzsteuerpflicht unterzogen, ist der Auftraggeber berechtigt, Leistungen im notwendigen Umfang abzubestellen, um die zusätzlichen finanziellen Belastungen aus der Umsatzsteuerpflicht auszugleichen. Es gilt § 19.

§ 34 (freibleibend)

7. Abschnitt: Ergänzende Bestimmungen, Kündigung

§ 35 Eigenwirtschaftliche Verkehre, Fahrzeugeinsatz außerhalb des Verkehrsvertrages

- (1) Das EVU hat die Fahrzeuge gemäß **Anlage 4** ausschließlich auf den in **Anlage 1a** angegebenen Strecken oder anderen von ihm betriebenen SPNV-Netzen oder durch das Land beauftragten Strecken sowie für notwendige Überführungsfahrten (z.B. für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten) einzusetzen.
- (2) Das EVU kann nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers über die in **Anlage 1** genannten fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen hinaus – auch aufgrund von Verträgen mit Dritten – zusätzliche Verkehrsleistungen im SPNV auf den Strecken des Teilnetzes Ostseeküste II ohne Anspruch auf einen Zuschuss durch den Auftraggeber erbringen. Keiner Zustimmung bedürfen einmalige Sonderfahrten.
- (3) Über den Umfang der zusätzlich durchgeführten Verkehrsleistungen und der hieraus erzielten Einnahmen ist dem Auftraggeber jährlich in der Jahresschlussabrechnung gemäß §32 Bericht zu erstatten.
- (4) Die einzusetzenden Fahrzeuge dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers außerhalb des Teilnetzes Ostseeküste II eingesetzt werden. Dies gilt nicht für notwendige Überführungsfahrten (z.B. für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten). Voraussetzung für die Erteilung der Zustimmung des Auftraggebers ist, dass das EVU mit dem Nutzer der Fahrzeuge ein angemessenes Nutzungsüberlassungsentgelt für den Einsatz außerhalb des Teilnetzes Ostseeküste II vereinbart. Diese Vereinbarung ist dem Auftraggeber im Rahmen der Beantragung der Zustimmung sowie mit der Jahresschlussabrechnung gemäß § 32 vorzulegen. Das vereinbarte Nutzungsüberlassungsentgelt wird im Rahmen der Jahresschlussabrechnung bei der Ermittlung des Zuschusses zuschussmindernd berücksichtigt. Beabsichtigt das EVU selbst einen Einsatz der einzusetzenden Fahrzeuge außerhalb des Teilnetzes Ostseeküste II, wird im Rahmen der Jahresschlussabrechnung bei der Ermittlung des Zuschusses anstelle eines Nutzungsüberlassungsentgelts ein Betrag zuschussmindernd berücksichtigt, der einem angemessenen Nutzungsüberlassungsentgelt entspricht und über den das EVU und der Auftraggeber im Rahmen der Beantragung der Zustimmung des Auftraggebers Einvernehmen zu erzielen haben.

§ 36 Sicherheitsleistung

- (1) Das EVU verpflichtet sich, zur Absicherung von Ansprüchen des Auftraggebers auf Schadensersatz gegen das EVU, wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Leistungspflichten des EVU, insbesondere zur Deckung etwaiger Mehrkosten bei der Beauftragung eines anderen EVU im Anschluss an eine vorzeitige Beendigung dieses Vertrages sowie zur Absicherung etwaiger Überzahlungen aus den vom Auftraggeber geleisteten Abschlagszahlungen an das EVU (jeweils inklusive Kosten und Zinsen) aus diesem Vertrag eine Sicherheit durch eine Bürgschaft eines zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers im Sinne des § 18 VOL/B zu leisten. Der zu sichernde Anspruch des Auftraggebers wird auf **800.000 €** festgelegt.
- (2) Die Bürgschaft ist innerhalb von sechs Wochen nach Vertragsabschluss zu erbringen. Wenn das EVU die Sicherheit nicht erbringt, ist der Auftraggeber berechtigt, die Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherungsbetrag erreicht ist. Für die weiteren Einzelheiten wird auf § 18 VOL/B verwiesen.
- (3) Bis zur Klärung etwaiger Rückzahlungsansprüche des Auftraggebers gegen das EVU aus der Jahresschlussabrechnung für das letzte Vertragsjahr besteht kein Anspruch des EVU gegen den Auftraggeber auf Rückgabe der Sicherheitsleistung.

§ 37 Kündigung des Vertrages

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist mit Wirkung zum nächsten Fahrplanwechsel zu kündigen, sofern das EVU oder seine Subunternehmer usw. die nach dem **Formblatt F.3** bestehenden Pflichten vorsätzlich, grob fahrlässig oder mehrfach nicht erfüllen (vgl. § 10 Abs. 2 Nr. 4 VgG M-V vom 07. Juli 2011 in der Fassung der Änderung durch Art. 1 Erstes ÄndG v. 25.06.2012). Das EVU hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.
- (2) Der Vertrag kann im Übrigen von beiden Vertragspartnern nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Vertragspartner unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann. Ein wichtiger Grund ist insbesondere gegeben, wenn die Vermögensverhältnisse eines Vertragspartners sich wesentlich verschlechtern oder eine wesentliche Verschlechterung einzutreten droht, so dass eine Erfüllung der ihm aus dem Verkehrsvertrag obliegenden Pflichten unmittelbar und nicht nur im

unerheblichen Umfang gefährdet erscheint. Dabei werden auch wesentliche Änderungen der gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse berücksichtigt, soweit diese – insbesondere bei Änderungen des haftenden Kapitals sowie bei Abschluss oder Änderung von Gesellschafts-, Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen – zu einer wesentlichen Verschlechterung der Vermögensverhältnisse führen.

Vor Ausübung eines Kündigungsrechts ist die beabsichtigte Kündigung unter Angabe des Kündigungsgrundes schriftlich anzudrohen. Mit der Kündigungsandrohung ist eine angemessene Frist zur Beseitigung des Kündigungsgrundes einzuräumen. Die Fristsetzung ist entbehrlich, wenn der andere Vertragspartner die Beseitigung des Kündigungsgrundes ernsthaft und endgültig verweigert, die Beseitigung des Kündigungsgrundes unmöglich ist oder die Fristsetzung dem die Kündigung beabsichtigenden Vertragspartner ausnahmsweise unzumutbar ist. Soweit die folgenden Absätze konkrete Angaben zur Fristsetzung enthalten, gehen die dortigen Bestimmungen vor. Beseitigt der andere Vertragspartner den Kündigungsgrund innerhalb der gesetzten Frist, entfällt insoweit das Recht zur Kündigung. Die Kündigung ist schriftlich unter Angabe des Kündigungsgrundes zu erklären.

- (3) Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber liegt in den in § 133 Abs. 1 GWB genannten Fällen vor. Ein entsprechender Kündigungsgrund ist ferner insbesondere in folgenden Fällen gegeben:
1. Das EVU führt die nach seinem Betriebsaufnahmekonzept gemäß § 14 i. V. m. **Anlage 8** für die Aufnahme des Betriebes notwendigen Maßnahmen und Vorarbeiten trotz schriftlicher Aufforderung des Auftraggebers und Fristsetzung von einem Monat nicht ordnungsgemäß durch, so dass der Termin für die Betriebsaufnahme nach aller Wahrscheinlichkeit nicht mehr eingehalten werden kann; dies gilt nicht, soweit das EVU dies nicht zu vertreten hat.
 2. Das EVU verstößt schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur vollständigen Betriebsaufnahme der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen nach § 5 Abs. 2.
 3. Das EVU verliert die Unternehmensgenehmigung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bzw. § 6f Abs. 1 AEG oder die Sicherheitsbescheinigung nach § 7a AEG bestands- oder rechtskräftig oder ein während der Vertragslaufzeit erfolgter Widerruf der Unternehmensgenehmigung oder der Sicherheitsbescheinigung wird für sofort vollziehbar erklärt und das EVU erhebt entweder nicht unverzüglich Widerspruch oder Anfechtungsklage gegen den Widerruf und beantragt die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung oder das Gericht der Hauptsache stellt die aufschiebende Wirkung in der letzten Instanz nicht wieder her.

4. Das EVU verstößt nach Ablauf einer vom Auftraggeber zur Abhilfe gesetzten Frist weiter gegen die Pflicht zur Anwendung von Tarifen gemäß § 26.
 5. Das EVU verstößt schuldhaft dauerhaft oder wiederholt gegen sonstige Pflichten dieses Vertrages, obwohl es zuvor durch den Auftraggeber wegen des Vertragsverstoßes mindestens zwei Mal schriftlich unter angemessener Fristsetzung und Kündigungsandrohung zur Abhilfe aufgefordert worden ist, soweit es sich mit Blick auf die Zumutbarkeit der Vertragsfortsetzung nicht um unwesentliche Verpflichtungen handelt.
- (4) Ein wichtiger Grund für das EVU kommt insbesondere in Betracht, wenn der Auftraggeber seinen Zahlungsverpflichtungen trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch das EVU und jeweiligem Ablauf einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommt.
- (5) Führt eine Vertragspartei schuldhaft eine Situation herbei, welche zur außerordentlichen Kündigung durch die andere Vertragspartei führt, hat erstere auf Verlangen der anderen Partei den durch die Kündigung entstehenden Schaden zu ersetzen.

§ 38 Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs

- (1) Das EVU hat dem Auftraggeber innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist die zur Vorbereitung der Vergabe der Leistungen für den Zeitraum nach dem Ende der Laufzeit (Nachfolgeleistung) wesentlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören insbesondere:
- Informationen über Fahrgastnachfrage, Tarife, Kosten und Einnahmen im Zusammenhang mit den öffentlichen Personenverkehrsdiensten, die Gegenstand des wettbewerblichen Vergabeverfahrens sind,
 - Einzelheiten der Infrastrukturspezifikationen, die für den Betrieb der erforderlichen Fahrzeuge bzw. des erforderlichen Rollmaterials relevant sind, um interessierten Parteien die Abfassung fundierter Geschäftspläne zu ermöglichen sowie
 - die nach § 131 Abs. 3 GWB i.V.m. Art. 4 Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VO (EG) Nr. 1370/2007 relevanten Angaben.

Das EVU wird dem Auftraggeber außerdem alle für eine gegebenenfalls vom Land beabsichtigte Anschlussverwendung der Fahrzeuge nach Anlage 4 erforderlichen Informationen – insbesondere den Nutzungsvertrag, Verbrauchsdaten der Fahrzeuge und die Instandhaltungsdokumentation – so rechtzeitig offenlegen, dass der Auftraggeber diese Informationen den Bewerbern für einen Folgevertrag zur Verfügung stellen kann. Das EVU stellt hierbei sicher, dass seitens des Leasinggebers oder weiterer beteiligter

Parteien keine Einwände hiergegen bestehen. Darüber hinaus ermöglicht das EVU den Bewerbern für einen Folgevertrag eine Besichtigung ausgewählter Fahrzeuge in der von ihm genutzten Werkstatt.

Hierbei hat das EVU Informationen zu kennzeichnen, die es als vertrauliche Geschäftsinformationen ansieht. Der Auftraggeber stellt allen interessierten Parteien relevante Informationen für die Vorbereitung eines Angebots im Rahmen eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens um die Nachfolgeleistung zur Verfügung und gewährleistet dabei den legitimen Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen des EVU.

- (2) Unabhängig von Abs. 1 ist der Auftraggeber zur Weitergabe der vom EVU während der Vertragslaufzeit erhaltenen Informationen an Wettbewerber des EVU berechtigt, soweit dies für die Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs um die Nachfolgeleistung im Teilnetz Ostseeküste II erforderlich ist und soweit keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse des EVU einer Weitergabe entgegenstehen. Insbesondere ist der Auftraggeber danach zur Weitergabe der während der Vertragslaufzeit erhobenen Nachfragedaten und der Summe der jährlich erzielten Ist-Erlösdaten berechtigt.

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 39 Schlichtung

Bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien aus diesem Verkehrsvertrag, auch über die Rechtswirksamkeit des Vertrages, etwaiger Nachträge oder einzelner seiner Bestimmungen, ist zunächst auf eine gütliche Beilegung des Streits hinzuwirken, indem ein von den Vertragsparteien einvernehmlich bestimmter Sachverständiger zu einem Vergleichsgespräch hinzugezogen wird. Scheitert eine einvernehmliche Bestimmung eines Sachverständigen durch die Vertragsparteien, erfolgt dessen Bestimmung durch den Präsidenten des OLG Rostock. Hat im Beisein dieses Sachverständigen ein Schlichtungstermin stattgefunden und konnte eine Einigung nicht erzielt werden, steht den Vertragsparteien der Rechtsweg offen. Die Kosten der Schlichtung – inklusive der Kosten des Sachverständigen – tragen die Vertragsparteien je zur Hälfte.

§ 40 Sonstiges

- (1) Das EVU teilt dem Auftraggeber alle wesentlichen Änderungen seiner gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit, soweit diese für die Vertragsdurchführung von Bedeutung sein können. Mitzuteilen sind insbesondere Änderungen des

- haftenden Kapitals, Gewinnabführungs-, Beherrschungs- und Konzerneingliederungsverträge. Erfolgen Änderungen im Handelsregister, ist der Auftraggeber hierüber mit der Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszugs zu informieren.
- (2) Das EVU ist der Preisprüfung nach VO (PR) 30/53 in der jeweils geltenden Fassung unterworfen. Das EVU ist verpflichtet, das Recht zur Preisprüfung bei allen Verträgen über wesentliche Vorleistungen zu sichern, soweit diese nicht im Wettbewerb beschafft werden können. Zur Erfüllung dieser Vertragspflicht reicht es aus, dass das EVU den entsprechenden Unternehmen, insbesondere den EIU, vor oder bei dem Abschluss des Vertrages über die betreffenden Vorleistungen schriftlich anzeigt, dass der Auftraggeber die Anwendung der VO PR 30/53 in der jeweils geltenden Fassung auf solche Verträge verlangt. Dies ist dem Auftraggeber auf Wunsch nachzuweisen. Für Ansprüche aus der Preisprüfung gelten nur die gesetzlichen Verjährungsfristen.
 - (3) Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Veränderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Änderungen der vom EVU zu erbringenden fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen gemäß Anlage 1 bedürfen lediglich der Textform.
 - (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt und die vom Beginn der Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit oder dem Auftreten der Regelungslücke an gilt.
 - (5) Jeder Vertragspartner sowie die VMV erhalten je eine Ausfertigung des Vertrages. Gleiches gilt für Veränderungen oder Ergänzungen des Vertrages nach Abs. 3.
 - (6) Gerichtsstand ist Schwerin. Es gilt deutsches Recht.

Datum und Unterschriften

Schwerin, den.....

....., den

Auftraggeber

Auftragnehmer

Für das Land
Mecklenburg-Vorpommern:

Für das EVU:

.....
XXX

.....
XXX